

---

Gunther Dietz

## Religiöse Vielfalt als Chance oder Gefahr? Die „Rückkehr des Islam“ nach Al-Andalus (Spanien)<sup>1</sup>

Spanien ist in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem Einwanderungsland geworden; unter den Einwanderern findet sich ein bedeutender Anteil von Marokkanern, die von der Aufnahmegesellschaft stereotyp als *moros*, als „Mauren“, wahrgenommen werden. Parallel dazu hat es seit dem Ende der Franco-Diktatur 1975 und im Zuge des Demokratisierungsprozesses in südspanischen Städten wie Granada und Córdoba eine Tendenz zum Übertritt zum islamischen Glauben gegeben, die zwar quantitativ wenig bedeutsam war, deren mediale Präsenz jedoch die religiöse Konversion zu einem Merkmal regionaler, andalusischer „Identitätspolitik“ werden ließ. Beide Phänomene, sowohl die marokkanische Einwanderung als auch der Übertritt spanischer Bürger zum Islam, sind schon lange vor den Anschlägen des 11. September 2001 in New York sowie des 11. März 2004 in Madrid als „Rückkehr des Islam“ auf die Iberische Halbinsel und damit als potentielle Umkehr des 1492 durch die *reconquista* angeblich abgeschlossenen Prozesses der religiösen, sprachlichen und territorialen Homogenisierung Spaniens interpretiert worden.

Der Prozess religiöser Pluralisierung und Differenzierung wird auch in Spanien besonders mit der Immigration in Verbindung gebracht. In den letzten Jahren ist vielerorts der schnelle und dramatische Übergang Spaniens von einem klassischen Auswanderungsland zu einem der wichtigsten europäischen Durch- bzw. Einwanderungsländer beschrieben und beschworen worden. Im Laufe der achtziger und besonders der neunziger Jahre verzeichnen die Statistiken eine rückläufige Bewegung bei den spanischen Auswanderern, während das Land gleichzeitig zu einer neuen Zielregion der Einwanderung wird. Der Grossteil der Nicht-EU-Bürger kommt aus Nordafrika – vor allem Marokko und in geringerem Umfang Algerien – und aus Lateinamerika – besonders aus Peru, Ekuador, Kolumbien und der Dominikanischen Republik.

Paradoxerweise vereint auch nach der Demokratisierungsphase das juristische Gefüge des spanischen Staates zwei gegensätzliche Tendenzen, die erst kürzlich, durch die „Rückkehr des Islam“ in die spanische Gesellschaft, in ihrer Widersprüchlichkeit offen zu Tage getreten sind. Zum einen orientieren sich der spanische Staat und der gesamte nationale, regionale und kommunale Verwaltungsaufbau am französischen Modell eines starken, aber akonfessionellen, zivil-bürgerschaftlich ausschließlich dem autonomen Individuum als Staatsbürger verpflichteten Staates. Zum anderen jedoch spiegelt sich die „national-katholische“ Tradition der Staatskirche nicht nur in der mehrheitsgesellschaftlichen Realität wider, sondern ebenso in zahlreichen juristischen Privilegien,

---

<sup>1</sup> Stark gekürzte Fassung eines ursprünglich in der Zeitschrift *Ethnoscripts* (Jahrgang 7, Heft 2, 2005) erschienenen Beitrags.

welche die Katholische Kirche nach wie vor genießt. In der Verfassung von 1978, die den spanischen Staat als akonfessionell definiert, ist sie der einzige offiziell erwähnte Kultus. Während der Staat zur Gleichbehandlung aller Konfessionen verpflichtet ist, wird ihm gleichzeitig auferlegt, das staatliche Handeln im Einklang mit den Glaubensinhalten der Mehrheitsgesellschaft zu gestalten. Und schließlich wird noch in der Übergangsphase zur Demokratie ein Konkordat mit der Katholischen Kirche ausgehandelt, das 1979 in Kraft tritt und das bestimmte Sonderrechte der Katholischen Kirche wie deren Finanzierung durch den spanischen Staat und deren Anerkennung und staatliche Förderung als Instanz religiöser Unterweisung sowohl in konfessionell-katholischen als auch in akonfessionell-staatlichen Schulen festschreibt.

Dieser Widerspruch zwischen dem verfassungsmäßigen Neutralitäts- und Gleichbehandlungsgrundsatz einerseits und der juristischen und politischen Bevorzugung der Katholischen Kirche andererseits hat direkte Auswirkungen auf die Anerkennung des Islams und der muslimischen Gemeinschaften in Spanien gehabt. Als beim Justizministerium eingetragene Religionsgemeinschaften existieren in Spanien zur Zeit ca. 100 sog. *entidades religiosas islámicas*, lokale, als Moscheevereinigungen konstituierte islamische Gemeinschaften, von denen die meisten in Andalusien, Madrid und Katalonien existieren. Diese lokalen Gemeinschaften haben sich schon seit Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre in zwei Dachverbänden zusammengeschlossen, der *Unión de Comunidades Religiosas Islámicas de España* (UCIRI), deren Gründung auf die erste Generation muslimischer Einwanderer nicht nur aus Marokko zurückgeht, und der *Federación Española de Entidades Religiosas Islámicas* (FEERI), die vor allem von spanischen Muslimen getragen wird.

Im Laufe des Prozesses der Etablierung muslimischer Gemeinschaften in Spanien und besonders in Andalusien zeigt sich ein Bereich als besonders konfliktbeladen: die mehrheitsgesellschaftliche und staatliche Behandlung des Islam im spanischen und andalusischen Schulsystem. Während alle offiziellen, von der andalusischen Landesregierung zugelassenen Geschichtsbücher den „Mythos *Al-Andalus*“ hochachten und lobpreisen, erhält der heutige, von immer mehr Menschen vor Ort praktizierte Islam keinen Eingang in das Schulsystem. Vor allem die Gemeinschaften spanischer Muslime kämpfen seit Unterzeichnung des Abkommens von 1996 um eine Gleichbehandlung von Katholizismus und Islam in den staatlichen Schulen – bisher ohne Erfolg. Die katholische Kirche hat dank des Konkordats von 1996 das Recht, die katholischen Religionslehrer auswählen, bezüglich ihrer „katholischen Lebensführung“ zu kontrollieren und an staatliche Schulen zu entsenden, wo sie von der andalusischen Landesregierung besoldet werden, ohne jedoch jemals die gleichen Rechte wie die anderen, verbeamteten staatlichen Lehrer zu genießen. Die Inhalte des katholischen Religionsunterrichts werden ausschließlich von der „Erziehungskommission“ der Spanischen Bischofskonferenz festgelegt und kontrolliert.

Die Katholische Kirche ist nicht nur durch ihre eigenen, konfessionellen Schulen im spanischen Bildungssystem stark präsent. Diese sog. „konzertierten“ Privatschulen, die sich in kirchlicher (d.h. fast ausschließlich katholischer) Trägerschaft befinden, werden

zum Grossteil vom spanischen Staat subventioniert und werden von ca. einem Drittel aller spanischen Schüler besucht. Die Träger dieser Schulen haben auch nach dem Abkommen von 1996 das Recht, die religiöse Unterweisung in einer ihrer Religionen widersprechenden Konfession zu unterrichten.

Hinzu kommt eine herausragende Präsenz der Katholischen Kirche im öffentlichen, nicht-konfessionellen Schulsystem Spaniens. Doch gemäss dem Abkommen von 1996 steht dieser Zugang zu staatlichen Schulen auch dem Islam, dem Judentum und den Evangelischen Kirchen zu. Bisher ist diesen Glaubensgemeinschaften jedoch die Gleichbehandlung mit zwei Begründungen staatlicherseits vorenthalten worden: Erstens wird seit 1996 stets betont, vor allem die muslimischen Gemeinden müssten zunächst einen Zentralisierungs- und Verkirchlichungsprozess durchlaufen, um als der Katholischen Kirche äquivalenter Akteur religionspolitisch und religionspädagogisch anerkannt werden zu können. Dieses angebliche Manko haben die Dachverbände UCIRI und FEERI allerdings lösen können, indem deren gemeinsame Islamische Kommission entsprechende Lehrpläne bereits ausgearbeitet hat.

Das zweite Argument, das von den Landesregierungen und der Madrider Zentralregierung angeführt wird, um sowohl islamische Religionsunterweisung als auch Arabisch-Unterricht zu unterbinden, ist demographischer Natur. Arabisch-Unterricht als muttersprachlicher Herkunftunterricht marokkanischer Einwandererkinder wird zwar in Einzelfällen in Ballungsräumen erlaubt, wenn dieser Unterricht von der marokkanischen Botschaft finanziert und getragen wird. Doch meistens ist dieser Unterricht ineffizient und geradezu kontraproduktiv, da in der Praxis außerschulisch am Wochenende ein in Marokko konzipierter und auf arabophone Muttersprachler ausgerichteter Unterricht angeboten wird für Kinder, die mehrheitlich aus amazigh-sprachigen Regionen Nordmarokkos stammen. Für nicht-marokkanische Kinder wie diejenigen der spanischen Muslime ist Arabisch-Unterricht überhaupt nicht vorgesehen.

Abgesehen vom Arabisch-Unterricht wird auch das Angebot spanischsprachigen islamischen Religionsunterrichts in der Regel abgelehnt, da „es sich nicht lohne“, für so wenige Kinder Islam-Lehrer einzustellen. Nur in den Städten Ceuta und Melilla, den beiden spanischen Enklaven in Nordmarokko, wird seit vier Jahren von jeweils zehn (!) Lehrern islamischer Religionsunterricht für die dort ansässigen muslimischen Familien – ca. ein Drittel der Bevölkerung der jeweiligen Städte – angeboten.

Das demographische Argument, es fehle ansonsten in Spanien an der „kritischen Masse“, um islamischen Religionsunterricht anzubieten, hat zu paradoxen Reaktionen geführt. So hat in Granada eine Elterninitiative vor allem spanischer Muslime versucht, durch eine gemeinsam koordinierte und gebündelte Schulwahl im arabischen Viertel Albayzín zumindest an einer Primarschule besagte „kritische Masse“ spanischer und marokkanischer Schüler muslimischen Glaubens zu stellen. Dadurch sah sich die Schulverwaltung plötzlich gezwungen, nicht nur Islam- und Arabisch-Unterricht – gestellt durch die ehrenamtliche Mitarbeit eines aus Granada stammenden Arabisch-Lehrers, der vom Islamischen Rat Granadas dazu autorisiert worden war – anzubieten, sondern auch die muslimische Speiseordnung beim in der Schule angebotenen Mittag-

essen zu berücksichtigen. Paradoxe- und bezeichnenderweise ist dieses „Pilotprojekt“ nach kurzer Zeit von der andalusischen Schulbehörde untersagt worden, da die „kritische Masse“ muslimischer Schüler von den nicht-muslimischen Eltern als bedrohlich wahrgenommen wurde; der muslimische Lehrer wurde entlassen, um einer islamischen „Ghettosisierung“ der betroffenen Schule zuvorzukommen.

In jüngster Zeit, und besonders im Zuge der nach den Madrider Anschlägen von 2004 erstarkten politischen und medialen Debatten um die „fundamentalistische Gefahr“ in Spanien zeichnen sich in der nationalen Öffentlichkeit, aber auch in den katholisch-muslimischen Beziehungen und Interaktionen vor Ort, zwei grundsätzliche Reaktionen ab. Zum einen wird seit dem 11. September 2001 und besonders seit dem 11. März 2004 der tief verwurzelte „anti-maurische“ und islamophobe Diskurs ganz offen artikuliert. „Fundamentalistische“, „integristische“ und „islamische Gefahrenherde“ werden als synonym gleichgesetzt und pauschal in Einwanderervierteln identifiziert. Viele in Südspanien interviewte Muslime äußern dementsprechend die Befürchtung, Spanien und sogar Andalusien würden auch diesbezüglich immer „europäischer“, d.h. noch fortwirkende islamophile Traditionen würden durch die offene Ablehnung von Menschen islamischen Glaubens und/oder maghrebinischer Herkunft verdrängt.

Dies bestätigt sich auch in den regelmäßig durchgeführten demoskopischen Umfragen zu Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft gegenüber eingewanderten bzw. muslimischen Minderheiten. Derartige Umfragen spiegeln einmal mehr das Fortbestehen der oben erwähnten „ethnischen Hierarchie“ der Wahrnehmungs- und Wertungsweisen der Mehrheitsgesellschaft wider. Obwohl seit den neunziger Jahren in Spanien und Andalusien eine starke soziale Bewegung von Nicht-Regierungsorganisationen, die sich für die Rechte von Einwanderern und für die Anerkennung der multikulturellen und plurikonfessionellen Realitäten des Landes einsetzen, zu verzeichnen ist, hat diese Bewegung nicht verhindern können, dass nach den Anschlägen vom 11. März 2004 die öffentliche Meinung explizit zwischen „guten“ und „bösen“, zwischen „friedlichen und arbeitsamen“ und „gefährlichen und unberechenbaren“ Einwanderern unterscheidet: Während die einen, lateinamerikanischen Immigranten, Opfer der Anschläge in den Madrider Vorortzügen geworden seien, geraten die anderen, marokkanischen Immigranten, in einen Generalverdacht, bloß aufgrund ihres Glaubens potentielle „Schläfer“ darzustellen.

Diese allgemein anzutreffende Reaktion, die den muslimischen Gemeinschaften die „Bringschuld“ auferlegt, erst einmal nachzuweisen, dass sie „nichts mit dem islamischen Terrorismus zu tun“ haben, hat vor allem seit dem im Schatten der Anschläge stattgefundenen Regierungswechsel vom 14. März 2004 zum anderen jedoch eine weitere paradoxe, für den Islam in Spanien weitaus positivere Perspektive eröffnet: Zunehmend muss auch das politische Establishment auf zentralstaatlicher Ebene sowie in der andalusischen Landesregierung „den Islam“ als Bestandteil der multikulturellen und plurikonfessionellen spanischen Wirklichkeit anerkennen. Um den oftmals behaupteten „schädlichen Einfluss“ gewisser „fundamentalistischer Strömungen“ auf die

nach wie vor staatlich marginalisierten muslimischen Gemeinschaften Spaniens einzudämmen, soll von nun das Abkommen von 1996 weitreichender umgesetzt werden. Zur Zeit prüft die spanische Finanzverwaltung, wie die bisher nur für die Katholische Kirche eingezogene „Kirchensteuer“ auch für die anderen Glaubensgemeinschaften zentral durch die jährliche Lohn- und Einkommenssteuererklärung erhoben und an die entsprechenden Gemeinden weiter geleitet werden kann, um dadurch den muslimischen Gemeinschaften eine größere finanzielle Unabhängigkeit gegenüber „fundamentalistischen Geldquellen“ zu erlauben. Und schließlich hat das Madrider Erziehungsministerium soeben einen Sonderfonds geschaffen, aus dem Stellen für zwanzig (!) islamische Lehrer an staatlichen Schulen finanziert werden sollen. Da es zur Zeit noch keine akademische Fachausbildung für islamische Religionslehrer gibt, sollen die lokalen muslimischen Gemeinschaften nach Absprache mit den Dachverbänden FEERI und UCIRI die geeigneten Lehrer unter spanisch-sprechenden Muslimen mit einer akademischen Ausbildung selbst auswählen und ihnen eine der *Missio Canonica* entsprechende Lehrberechtigung erteilen.

Wie in diesen ersten und sehr zaghaften Versuchen deutlich wird, beginnt die katholisch-spanische Mehrheitsgesellschaft, ihre eigene, bereits bestehende und sich weiter ausdifferenzierende kulturelle und religiöse Vielfalt wahrzunehmen und anzuerkennen. Im Zuge dieses Prozesses, der nach wie vor tief verwurzelte historische Ressentiments und Vorurteile gegenüber „dem Islam“ bzw. „den Mauren“ zu Tage fördert, werden muslimische Gemeinden zunehmend „normalisiert“. Zu hoffen ist, dass der Islam den Hauch des Exotischen, Vergangenen, Fernen und Bedrohlichen verliert und als integraler Bestandteil andalusischer Vergangenheit und Gegenwart zu wirken beginnt. Damit bestünde der wichtigste Beitrag der sogenannten „Rückkehr des Islam“ auf die Iberische Halbinsel darin, durch ihre bloße Präsenz die spanisch-katholisch-kastilische Mehrheitsgesellschaft dazu zu zwingen, die seit dem Ende der Franco-Diktatur allgemein als „notwendiges Übel“ praktizierte kollektive Amnesie gegenüber der eigenen Vergangenheit zu überwinden und die eigene kulturelle und religiöse Vielfalt nicht länger als Rückstand oder Manko, sondern als wertvolle Ressource wert zu schätzen.

### Weiterführende Literatur

DIETZ, G. (2007) Invisibilizing or Ethnicizing Religious Diversity? The Transition of Religious Education Towards Pluralism in Contemporary Spain. In: R. Jackson, S. Miedema, W. Weisse & J.-P. Willaime (eds.): Religion and Education in Europe: developments, contents and debates, pp. 103-131. Münster – New York: Waxmann

DIETZ, G. & N. El-Shohoumi (2005): Muslim Women in Southern Spain: stepdaughters of *Al-Andalus*. San Diego: UCSD-CCIS